

Feature I

Die Schweiz und ihre Neutralität in Japans politischer Debatte

Roger Mottini

I. Die Schweiz im öffentlichen Bewusstsein Japans

Japan und dessen Bewohner waren erstmals 1586 Gegenstand einer ausführlichen Beschreibung in der Schweiz, ein Jahr nachdem eine Gesandtschaft japanischer Konvertiten von Papst Gregor XII in Rom empfangen worden war. Der Stadtschreiber von Luzern, **Renwart Cysat** (1545-1614), ein jesuitischer Gelehrter, verfasste eine ausführliche Beschreibung des japanischen Archipels und seiner Bewohner; seine Schrift stützte sich auf jesuitische Quellen und spiegelte den damals herrschenden Wissenstand Europas über das verschlossene Inselreich wieder.

Umgekehrt dauerte es jedoch fast dreihundert Jahre, bevor die Schweiz im öffentlichen Bewusstsein Japans auftauchte. Im Herbst 1867 hatte eine Delegation des letzten Shoguns unter der Führung seines Bruders **Tokugawa Akitake** (1853-1910) anlässlich einer Reise durch verschiedene europäische Länder auch die Schweiz besucht. Der Sekretär der Mission, **Shibusawa Eiichi** (1840-1931), beschrieb in dem Missionsbericht das Prinzip des Schweizer Milizheeres, wonach man Leute aus dem Volke rekrutiere und sie nach ihren Fähigkeiten im Militär einteile, worauf in kurzer Zeit ein stattliches Heer von zweihunderttausend Mann ins Feld zöge. Für das Mitglied einer professionellen Kriegerkaste wie Shibusawa es war, musste dies wohl geradezu eine Ungeheuerlichkeit gewesen sein.

Die nächste japanische Publikation in der die Schweiz auftauchte, war ein Buch, das der liberale Denker **Fukuzawa Yūkichi** (1835-1901) im Jahre 1867 publizierte unter dem Titel *Sekaikunizukushi* (Alle Länder dieser Welt). In diesem Werk beschrieb Fukuzawa die elf Länder, mit denen Japan zu jener Zeit bereits diplomatische Beziehungen unterhielt, darunter auch die Schweiz (seit 1864). Er beschrieb sie darin als ein Land, das weder einen König noch einen Präsidenten habe und deren Landespolitik in einer Stadt namens Bern von Vertretern geführt werde, die vom Volke gewählt worden seien.

Fukuzawas ideologischer Gegenspieler, **Katō Hiroyuki** (1836-1916), stellte in seiner Schrift *Tonarigusa* (Verschiedenes aus der Nachbarschaft), die 1861 unter Intellektuellen kreiste, unter anderem auch das politische System der Schweiz kurz vor. Darin unterschied Katō republikanische und monarchische Systeme der Regierung und erwähnte, dass die Schweiz, zusammen mit den USA, den „wahren republikanischen Typ“ verkörperten. Er selbst befürwortete später jedoch eine

autoritäre Regierungsform für Japan, die preußischen Linien folgen sollte.

Die erste umfassende japanische Schilderung der Schweiz erschien als Teil des Berichtes einer Mission, die unter der Führung des Fürsten **Iwakura Tomomi** (1825-1883) auf der letzten Station ihrer Reise im Sommer 1873 in der Schweiz weilte. Eher ungewöhnlich für die Vertreter einer feudalen Elite, stellten sie am Beispiel des Kantons Genf auch ausführlich das demokratische Regierungssystem vor. Zur Außenpolitik der Schweiz äußerte der Bericht, dass diese drei einfachen Grundprinzipien folge:

1. Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität
2. Nichteinmischung in fremde Konflikte
3. Starke und glaubwürdige Selbstverteidigungsfähigkeit auf der Basis einer Milizarmee, die alle Bürger (und Bürgerinnen) umfasse.

In dem Bericht wurde auch das Prinzip der „bewaffneten Neutralität“ als des zentralen Pfeilers der Schweizer Außenpolitik vorgestellt und kam dabei zum Schluss, dass dieses Prinzip in der Tat sehr effektiv gewesen sei, die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes zu gewährleisten, denn seit ihrer Konstitution als Bundesstaat im Jahre 1848 sei die Schweiz von ihren mächtigen Nachbarn nicht angegriffen worden.

Das Schweizer Milizsystem der Heeresorganisation wurde den japanischen Lesern beschrieben als ein „Bürgersoldaten-System“ (*minpeitai*), bei dem jeder seine militärische Ausrüstung bei sich zu Hause habe und aus dem Bürger schnell ein bewaffneter Soldat würde, sollte es denn notwendig werden; in kürzester Zeit könne so ein großes Heer mobilisiert werden. Bei ihrer Analyse der westlichen Länder fanden die Mitglieder der Iwakura-Mission bald heraus, dass kleine Länder wie die Schweiz, aber auch etwa Belgien und die Niederlande, nicht hinter den großen Ländern zurückblieben, wenn es um Technologie, Wissenschaft und Erziehung ging. Diese Erkenntnis kam ihnen anlässlich ihres Besuches der Wiener Weltausstellung von 1873, zusammen mit der Einsicht, dass die technologisch-industrielle Revolution noch ein junges Phänomen war, mithin also die Aussicht bestand, den eigenen Rückstand rasch aufholen zu können. Ein anderer Landsmann, der die Weltausstellung in Wien ebenfalls besuchte, **Sano Tsunetami** (1822-1902), gelangte bei der Besichtigung des Pavillons des Roten Kreuzes zu der Überzeugung, dass der technologische Fortschritt auch von einem moralisch-ethischen Fortschritt begleitet sein müsse, und er brachte die Rotkreuz-Idee nach Japan; das Land trat bereits 1886 der Genfer Rotkreuzkonvention bei.

Die Mitglieder der Iwakura-Mission sahen die kleinen europäischen Länder als ermutigendes Beispiel dafür, dass auch Japan, obwohl schwach und von den Großmächten diskriminiert, ebenfalls rasch technologisch aufholen und sich den Respekt der westlichen Staatenwelt erringen könne, ohne notwendigerweise eine Großmacht zu sein. Der eigentliche Zweck ihrer Mission hatte darin bestanden, eine vorzeitige Revision der bestehenden ungleichen Verträge Japans mit den westlichen Ländern zu erreichen, ein Ziel, das sich jedoch schon zu Beginn ihrer Reise als

illusorisch erwiesen hatte. In der Folge versuchten sie, mehr über die Bedeutung des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen zwischen den Staaten zu erfahren. Dabei bekamen sie vom Kanzler des ebenfalls noch jungen Deutschen Reiches, **Otto von Bismarck** (1815-1898), eine pointiert realpolitische Meinung zu hören; in einer Tischrede an seine japanischen Gäste im März 1873 erklärte er ihnen, dass in den internationalen Beziehungen letztlich nur Stärke bei der Durchsetzung der eigenen Interessen zähle, weshalb das Reich bemüht sei, mit den anderen Großmächten gleichzuziehen. Diese Lektion sollte bei den Mitgliedern der Iwakura-Mission nicht auf taube Ohren fallen.

II. Die Frage nach Japans Größe (*shōkokushugiron*)

Fukoku kyōhei (Blühendes Land – Starke Wehr), dieses war die Vision der politischen Elite Meiji-Japans. Obwohl defensiv gemeint in seiner ursprünglichen Interpretation, illustriert dieses Motto den Grundwiderspruch zwischen „Butter und Kanonen“, d.h. in letzter Konsequenz die Wahl zwischen einem Wohlstands- oder einem Rüstungsstaat. Damit waren die ideologischen Fronten bereits vorgezeichnet. Ein führendes Mitglied der Iwakura-Mission in den Westen, **Ōkubo Toshimichi** (1830-1878), erkannte am Beispiel Großbritanniens, dass die Wirtschaftskraft eines Landes die Basis seiner nationalen Stärke bildete. Die Frage, wozu diese Stärke schließlich auch noch – nicht nur zur Abschreckung und Selbstverteidigung – gebraucht werden könnte, war in dem Beispiel Großbritannien ebenfalls schon angelegt und von den japanischen Gästen klar gesehen worden: die Eroberung eines Übersee-Imperiums.

Bereits im Jahre 1873 kollidierten die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der außenpolitischen Strategie Meiji-Japans innerhalb seiner Führungsoligarchie. Eine Minderheit sprach sich dafür aus, soziale Spannungen, die im Zuge der forcierten Modernisierung aufgetreten waren, nach außen, konkret auf Korea, abzuleiten (Koreadebatte – *seikanron*). Dass eine Invasion Koreas zu jenem Zeitpunkt noch nicht stattfand, hatte mehr mit den politischen und militärischen Schwächen Japans zu tun, die insbesondere von den Iwakura-Missionsteilnehmern klar erkannt worden war, als mit dem Wunsch nach einer neutralen Außenpolitik.



Abb. 1: Tell-Denkmal in Altdorf
(Kanton Uri)

Die unterlegene Fraktion in dieser schicksalhaften Debatte, allen voran der Staatsrat **Itagaki Taisuke** (1837-1919), verließ daraufhin die Regierung. Ein Jahr später publizierte Itagaki einen Aufruf zur Gründung eines gewählten Parlaments und zur Ausarbeitung einer Verfassung und setzte die Regierung damit unter Zugzwang. Sein Aufruf stieß auf ein unerwartet großes Echo in der Bevölkerung, allenthalben wurde nun der Ruf nach politischer Beteiligung laut. Eine politische Diskussion erfasste große Teile der Bevölkerung im ganzen Lande und die ersten politischen Parteien entstanden. Diese spontane, lebhafte und oft auch als chaotisch zu bezeichnende Diskussionsbewegung durchdrang alle Schichten und darf als das Erwachen des politischen Bewußtseins des japanischen Volkes bezeichnet werden. Diese demokratische Massenbewegung dauerte von 1874 bis zum Erlass der ersten japanischen Verfassung im Jahre 1889 und ging in die japanische Geschichtsschreibung ein als „Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung“ (*jiyū minken undō*).

Die japanische Bevölkerung machte dabei Bekanntschaft mit den politischen Ideen westlicher Philosophen wie Jean-Jacques Rousseau, John Locke, Jeremy Bentham, John Stuart Mill und vieler anderer. Die Begriffe „Freiheit“ (*jiyū*) und Demokratie (*minshūshugi*) gewannen nun erstmals Kontur in den Köpfen vieler Leute und wurden derart populär, dass sie selbst zu Werbezwecken eingesetzt wurden. Die Bewegung hatte auch (ausländische) Symbolfiguren, welche ihre Werte repräsentieren sollten, so etwa George Washington, Brutus und sogar den mythologischen Freiheitshelden der Schweiz: Wilhelm Tell.

Zu den führenden Köpfen dieser Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung gehörten, neben dem oben erwähnten Liberalen Fukuzawa und seinem konservativen Gegen-spieler Katō, auf der japanischen Linken **Nakae Chōmin** (1847-1901) und **Ueki Emori** (1857-1892, rechts).

Ueki präsentierte 1881 einen eigenen Verfassungsentwurf für Japan, der von drei Grundprinzipien bestimmt wurde:

1. Menschenrechte
2. Größtmögliche Beteiligung der Bürger (politische Rechte)
3. Föderale Struktur nach dem Muster der Schweiz und der USA.



Abb. 2: Der junge
Ueki Emori

Im Jahre 1887 gab er eine Anthologie von Freiheitsliedern heraus in der Überzeugung, dass die Bewegung zur Verbreitung und Förderung ihrer Anliegen auch

den Gesang einsetzen sollte – eine clevere Idee in Zeiten, als die medialen Kommunikationsmittel im Vergleich zu heute doch sehr beschränkt waren. Unter den von ihm gesammelten und veröffentlichten Liedern der Bewegung befand sich auch eines mit dem Titel „Die Befreiung des Schweizerlandes“, das mit großem Pathos daherkam:

„Hoch in die Wolken ragen weiße Berge, ungleich schön sind dort die Landschaften, heute wehen die Frühlingslüfte sanft, da duften überall Freiheitsblüten, doch vor vielen Jahren im Schweizerlande, das zu Österreich gehörte, herrschte unbarmherzige Tyrannei, ununterbrochene Stürme allein wehten da. Also für die Erde und für die Landleute, sogar für die ganze Welt fiel einem ein, einen Revolutionskampf zu wagen, das war der Wille des Wilhelm Tell. [...] Vorwärts, immer vorwärts, ihr Landleute, mit dem Freiheitsspeer in der Hand, [...]. Haufen um Haufen feindlicher Toter; gründen wir nun ein freies Land, mit den roten Strömen färben wir jetzt unser freies Land.“¹

Nakae Chōmin (Foto rechts), der zweite bedeutende Vordenker und Führer der Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung auf der Linken, hatte in Frankreich studiert; er übersetzte Rousseaus Werke ins Japanische und war zeitlebens ein überzeugter Verfechter von dessen radikaldemokratischen Ansichten, von seinen Anhängern wurde Nakae gar als der „Rousseau Asiens“ gefeiert. Durch ihn gewannen die Ideen des Genfer Philosophen von der Volkssouveränität und vom Sozialvertrag als der Grundlage des demokratischen Staates Eingang in das politische Denken Japans. Rousseau selbst sah seine Heimatstadt Genf als die ideale Verkörperung seiner basisdemokratischen Vorstellungen, die zur Realisierung ihres Potentials der Kleinräumigkeit geradezu bedurfte.



Abb. 3: Nakae Chōmin

Es war deshalb nur folgerichtig, dass auch Nakae außenpolitisch eine „Klein-Japan“-Haltung vertrat, die er in seiner fiktiven Novelle mit dem Titel „Gespräch dreier Betrunkener über Politik“ (*Sansuijin keirin mondō*) im Jahre 1887 umriss. Darin stellte sich Nakaes alter ego, der Lehrer Nankai, entschieden gegen eine expansionistische Politik auf dem asiatischen Festland und trat für ein neutrales, nicht aggressives und demokratisches Japan ein, das auf Binnenentwicklung setzte und gute Beziehungen mit China und Korea pflegte. In seiner Novelle verglich Nakae die Schweiz, aber auch Belgien und die Niederlande mit Kindern, die unbekümmert zwischen streitenden und kämpfenden Erwachsenen spielten – er meinte damit die europäischen Großmächte.

¹ Zit. nach: Miyashita Keizō (1977), *Uiriamu Teru densetsu – aru eiyū no kyōjitsu* (Die Wilhelm Tell Sage – Mythos und Wirklichkeit eines Helden), Tokyo 1977., S. 67.

民権歌謡

民権かぞへ歌

植木枝盛作

一つとせ 人の上には人はなき 権利にかはりがなければ この人じやもの
二つとせ 二つとはない我が命 捨ても自由がないからは この惜しみやせぬ
三つとせ 民権自由の世の中に まだ目のさめない人がある このあはれさよ
四つとせ 世の開けゆく其早やさ 親が子供に教へられ この気をつけよ
五つとせ 五つに分れし五大州 中にも垂細垂は半開か この恥かしや
六つとせ 昔し思へばあめりかの 独立なしたるむしろ旗 このいさましや
七つとせ 何故おまへがかしこくて わたしならんぞが馬鹿である このわかりやせん
八つとせ 刃で人をころすより 政事で殺すくちをしや この罪じやぞへ
九つとせ こゝらでもふ目をさまさねば 朝露は其身の爲じやない この起きさんせ
十とせ 虎の威をかる狐等は しつぼが見へても知らぬ顔 この畜生め
十一とせ 犬も喰ない内喧嘩 やるからけふ日かやすじよたい このかなしさよ
十二とせ 西と東へ昼と夜る 文名野蠻のわかちこそ この口惜しや
十三とせ 栄へ行く世の基本は 民の自由にあるぞいな この知らないか
十四とせ 四民ひとつの其中に とぼけ華族のかへり笑 このめづらしや
十五とせ 五尺からだに五十年 道理を踏より外はない この恐れやせぬ
十六とせ 牢屋の中のうさかん苦 ほれた自由の爲なれば このいとやせん
十七とせ 質にも置かないわが権利 うけ出す道理があるものか このしれた事
十八とせ 鼻の高いに羽根がはへ 鞍馬山でなにをする この人知らず
十九とせ 愚痴やこゝとをこぼすのも みんな自由の爲じやぞへ この許るさんせ
二十とせ 日本垂細垂の燈明台 消へて東洋が闇となる この照らしやんせ

Abb. 4: Uekis Hymne an die Bürgerrechte

Kaum verwunderlich, dass die oligarchische Regierung Meiji-Japans dem Anliegen dieser Demokratiebewegung ablehnend gegenüberstand. Sie reagierte mit zunehmender Repression gegen diese Störung ihrer Kreise, kam dem Anliegen der Demokratiebewegung aber insoweit entgegen, als sie 1889 die erste japanische Verfassung erließ, die dem Volke vom Tennō „verkündet wurde“, wie ihre Präambel besagte, und die sich in ihrer Ausrichtung am preußischen Modell orientierte. Auf unwillkommene Äußerungen des gemeinen Volkes und ihrer Führer antwortete die Regierung jedoch mit Zensur und Polizei. Außenpolitisch schlug Meiji-Japan den breitgetretenen Pfad des vorherrschenden Imperialismus der Großmächte ein, und mit dem Sieg gegen China im Jahre 1895 hatte sich auch in Japan dann endgültig der Geist eines Bismarck durchgesetzt, für den der Schweizer Freiheitsheld Tell „schon immer“ bloß ein „Mörder und Rebell“ gewesen war, wie er in seiner Autobiographie später gleich zu Beginn verraten sollte.

Interessanterweise stieß Japans imperialistisches Gesellenstück gegen China in der Schweiz auf unkritische Begeisterung, der Krieg stellte sich dort, ganz nach dem Geschmack der Schweizer, als ein Kampf des „zivilisierten“, und das hieß demokratischen Davids, gegen einen Goliath feudaler Misswirtschaft dar.

III. Die Taishō Demokratie (1912-1926)

Der japanische Sieg gegen das große China schien Japans außenpolitischen Kurs zu rechtfertigen, Respekt und Sicherheit nur im Klub der imperialen Mächte finden zu können. Allerdings begann dieser Expansionismus nun langsam aber sicher, seine eigene Logik und Dynamik zu entfalten, denn nach der Ausschaltung des chinesischen Einflusses auf der koreanischen Halbinsel wurde Japan mit einem noch größeren Rivalen konfrontiert: Russland.

Auch in dem schlussendlich siegreich bestandenen Kampf gegen das mächtige Russland in den Jahren 1904/05 konnte Japan auf die Sympathie der Schweiz zählen, diesmal mischten sich jedoch erste Zweifel in die Schweizer Japan-wahrnehmung, die das fernöstliche Land bis vor kurzem noch als eine „gelehri-ge Schülerin der Freiheit“ gesehen und gefeiert hatte.

Trotz des Triumphes des japanischen Nationalismus im Krieg gegen Russland sah die nachfolgende Ära Taishō (1912-1926) jedoch eine Renaissance des demokratischen Bewusstseins in Japan. Auslöser waren die sogenannten Hibiya- Unruhen in Tokyo, so benannt nach einem Park, in dem sie ihren Ausgang genommen hatten. Diese brachen im Anschluss an das Bekanntwerden der Bedingungen des japanisch-russischen Friedensvertrages aus: Für viele Japaner standen die darin aufgeführten politischen, ökonomischen und territorialen Gewinne in keinem Verhältnis zu den gewaltigen Opfern, die das Volk dafür gebracht hatte.

Der Begriff „Taishō Demokratie“ trägt der Tatsache Rechnung, dass diese Periode einen wachsenden politischen Einfluss des gewählten Unterhauses (*shūgiin*) sah, dies trotz der bescheidenen Rolle, die ihm von der geltenden Meiji-Verfassung zugedacht worden war. Die Ära Taishō war auch geprägt durch Kabinettsregierungen, die von Parteipolitikern dominiert wurden und die den Einfluss des vom Adel beherrschten Oberhauses (*sangiin*), der Militärs und der Bürokratie zeitweilig zurückdrängten. Ein weiteres Merkmal dieser Periode waren die zunehmenden Basisaktivitäten und Massenversammlungen in der Bevölkerung. Der Trend ging eindeutig in Richtung demokratisch gewählter Institutionen auf Kosten der kaiserlichen Autorität sowie bürokratischer, militärischer und oligarchischer Machtzentren. Auch die erste Bewegung zur Verteidigung der Verfassung von 1912, die sich den Militärs widersetzte, war eindeutig imperialismuskritisch ausgerichtet, während die vorangegangene Demokratiebewegung der Meiji innenpolitisch den Konstitutionalismus, außenpolitisch jedoch den Imperialismus vertreten hatte.

Mit Deutschland vergleichbar, war auch Japan ein industriell-technologischer Nachzügler und die Modernisierung verlief nach ähnlichem Muster, das heißt von oben nach unten, von traditionellen Eliten verordnet, planmäßig in der Durchführung und wesentlich von den Militärs mitbestimmt. Alle japanischen Regierungen, von der Meiji-Zeit bis 1945, waren grundsätzlich expansionistisch eingestellt, aber die Meiji-Oligarchen (*genrō*) verfolgten eine vorsichtige außenpolitische Strategie auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Überlegungen und immer in dem Bemühen, Großbritannien als Bündnispartner bei der Stange zu halten. Auf dem Höhepunkt der Taishō-Demokratie in den 1920er Jahren kam die japanische Expansion dann beinahe

zum Erliegen, die militärische Intervention in Sibirien im Gefolge des russischen Bürgerkrieges (1918-22) war größtenteils eine Eigenmächtigkeit der japanischen Militärs; definitiv außer Kontrolle gerieten diese aber erst ab 1931. Neben den Militärs waren auch noch die Bürokratie und die großen Landbesitzer Nutznießer und Befürworter einer aggressiven, imperialistischen Außenpolitik; erstere aus Gründen des Macht-zuwachses bei der Mobilisierung nationaler Ressourcen, letztere vor allem aus protektionistischen Motiven (übrigens ganz ähnlich wie im Falle des ostelbischen Landadels in Deutschland, d. Verf.).

Diesen Großjapan- und Militarismus-Fantasien (*dai nihonshugi*, *gunkokushugi*) widersetzten sich jene politischen Kräfte, die eine sogenannte „Kleinjapan“ oder „Kleinland“-Politik (*shōkokushugi*) befürworteten. Diese Meinung hatte ihre Anhänger vor allem bei Intellektuellen, in der städtischen Mittelklasse und bei linken Parteien und Gewerkschaften.

Der Begriff „Kleinjapanismus“ (*shō nihonshugi*) wurde 1913 vom Herausgeber der „Fernöstlichen Wirtschaftsrevue“ (*Tōyō keizai shinpō*), **Miura Tetsutarō**, eingeführt, dies in Anlehnung an John Stuart Mills „Little Englandism“, einer prägenden Schrift des Manchester Liberalismus. Miura fasste unter diesem Begriff seine Fundamentalkritik an der aufkommenden Großjapan-Ideologie der Militärs und ihrer ultranationalistischen Apologeten zusammen und stellte dieser sein Kontrastprogramm für ein prosperierendes Japan entgegen, das er in einer Artikelserie zwischen Mitte April und Mitte Juni 1913 umriss. Miuras „Kleinjapanismus“, oder man könnte auch „Kernjapan-Vision“ sagen, ruhte auf den folgenden drei Pfeilern:

- Primat der Industrie/Industrialisierung (*sangyōka*)
- Freiheit/Liberalismus (*jiyūshugi*)
- Individualismus (*kojinshugi*)

Seine Vision sah den Verzicht auf Kolonien und Protektionismus vor und stellte den gewaltsamen Großreichsfantasien der Rechten und der Militärs eine Politik der Binnenentwicklung auf der Grundlage einer technologisch fortgeschrittenen Industrie entgegen, die dem Freihandelsprinzip verpflichtet war. Statt ‚Auswanderung in die Kolonien und nach Amerika‘, ‚Vollbeschäftigung in (Kern-)Japan selbst‘, so seine zentrale Aussage. Die von ihm scharf kritisierte Rüstungspolitik stufte er als ein ernstes Entwicklungshindernis für Japans Handel und Industrie ein, weil sie von staatlichen Aufträgen lebte und Monopolcharakter hatte.

Miuras Nachfolger als Herausgeber der *Tōyō keizai shinpō* wurde im Jahre 1924 **Ishibashi Tanzan** (1884-1973), der nach dem Krieg unter **Hatoyama Ichirō** (1883-1959) Industrieminister (1953) und 1956/57 kurzzeitig Premierminister werden sollte. Auch Ishibashi war ein überzeugter Vertreter der von Miura skizzierten „Kleinland“-Vision. Er vertrat ebenfalls einen liberalen Standpunkt und sah in der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung Japans sogar ein Mittel der Friedenssicherung, weil die „Opportunitätskosten“ eines Krieges um so höher ausfielen je reicher ein Land sei, das heißt, je mehr es zu verlieren hatte.

Obwohl ideologisch vom liberalen Standpunkt getrennt, wurde die japanische Linke mit ihrer Kritik an Tennōsystem, Militarismus und „monopolkapitalistischem Imperialismus“² zur logischen Verbündeten dieser „Klein-Japan“-Idee. Die führenden Figuren auf der japanischen Linken waren **Abe Isoo** (1865-1949), Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Japans (*shakai minshūtō*)³ zusammen mit **Katayama Sen** (1859-1933) und dem Anarchisten **Kōtoku Shūsui** (1871-1911), der hingerichtet wurde, weil er angeblich ein Attentat auf den Kaiser geplant hatte. Alle Drei waren scharfe Kritiker der groß-japanischen Expansionsstrategie der Militärs und ihrer nationalistischen Anhänger.



Abb. 5: Abe Isoo

Im Vorfeld des Waffengangs gegen Russland publizierte Abe 1904 eine Schrift mit dem Titel „Idealland der Erde – die Schweiz“ (*chijō no risōkoku suisu*), in welcher er ein idealisiertes Bild der Schweiz entwarf und sie als ein erstrebens-wertes Vorbild für Japan empfahl wegen ihrer „reinen Form“ der Demokratie. In seinem etwa 100-seitigen Buch stellte er in drei Abschnitten das politische System, das Erziehungssystem und die sozialen Verhältnisse der Schweiz dar. Für den Christen Abe waren in der Schweiz die Demokratie und die Soziale Idee in idealer Weise vereinigt, und mit seiner, zugegebenermaßen beschönigenden, Darstellung schweizerischer Verhältnisse wollte er eine Alternative zu dem inzwischen grassierenden großjapanischen Imperialismus aufzeigen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Würfel aber bereits gefallen, Japan befand sich nun auf dem abschüssigen Pfad der Großreichsgründung, der das Land über kurz oder lang zur direkten Konfrontation mit den europäischen Mächten und den USA führen musste.

Die in der preußisch inspirierten Meiji-Verfassung angelegten autoritären Strukturen, die diese Dynamik begünstigten, wurden noch potenziert durch eine Eigentümlichkeit, die nicht auf ausländische Vorbilder zurückging, sondern ihre Wurzel in der feudalen Vergangenheit Japans selbst hatte. Es betraf die Stellung des Tennō, der außer- und oberhalb der Verfassungsordnung (Art. 3) stand und die, mythologisch-religiös überhöht, der kaiserlichen Autorität einen Absolutheitsanspruch verlieh, wie sie sonst nirgendwo auf der Welt anzutreffen war. Der Machtanspruch des japanischen Tennō war weder durch eine übergeordnete Ethik wie im Falle der chinesischen Kaiser, noch durch die Rechte der Bürger gegenüber der Regierung, wie in Europa üblich, begrenzt. Hier wurden im Interesse des ‚nation building‘ bedenkenlos zwei unvereinbare Welten kombiniert. Das im Geiste der europäischen Aufklärung wurzelnde Verfassungswerk mit dem Anspruch, eine rationale Staatsordnung und politische Willensbildung zu gewährleisten, ruhte letztlich auf der zutiefst irrationalen, mythologischen Begründung kaiserlicher Autorität, die außerdem noch gänzlich von der verfassungsmäßigen Ordnung losgelöst war – ein logisch nicht aufzulösender Grundwiderspruch. Im Grunde genommen stellte sich hier der traditionelle japanische Feudalismus in einem neuen

² Der Begriff wurde von dem britischen marxistischen Ökonomen John Atkinson Hobson populär gemacht in seiner ökonomischen Analyse des Imperialismus, d. Verf.)

³ Im Jahre 1901; die Partei wurde von den Behörden jedoch unverzüglich verboten.

Gewand dar – europäische Nationalstaatsinstitutionen, belebt vom Geiste gottgleicher Kaiserautorität. Wer immer im Namen des Tennō auftreten konnte, beherrschte Japan nicht nur politisch, sondern auch ethisch-moralisch.

Die japanischen Militärs hatten aufgrund der Meiji-Verfassung (Art.11) – und im Gegensatz zu den gewählten Politikern – einen direkten Zugang zu ihrem Oberbefehlshaber dem Tennō; damit sollte verhindert werden, dass militärische Fragen zum Spielball politischer Interessen wurden. Andererseits aber eröffnete sich auf diese Weise den Militärs eine Möglichkeit, ihrerseits Einfluss auf die Politik auszuüben; diese besondere Stellung erlaubte es ihnen in der Folge, im Namen einer Autorität aufzutreten, die niemals in Frage gestellt werden durfte, was ihrem Handeln ein Gewicht verlieh, das weit über ihre formale verfassungsmäßige Stellung hinausging. Von dieser Möglichkeit machten sie denn auch immer ausgiebigeren Gebrauch. Dieses totalitäre Tennōsystem bildete die ideologische Basis für die Herrschaft der japanischen Militärs und ihres kaiserlichen Oberbefehlshabers. So wurde der liberale Verfassungsrechtler **Minobe Tatsukichi** (1873-1948), der seit vielen Jahren die These vertreten hatte, dass der Tennō lediglich ein Organ des Staates sein könne (Organtheorie), 1935 wegen Majestätsbeleidigung mit einem Berufs- und Publikationsverbot zum Schweigen gebracht – der Rest ist tragische Geschichte.

IV. Die Besatzungszeit (1945-1952)

Nach dem katastrophalen Scheitern des großjapanischen Wahns im Jahre 1945 stellte sich die Frage nach der politischen Zukunft des Landes wiederum in aller Schärfe, nun jedoch in der noch einzig noch möglichen Ausprägung – der „Klein-Japan“-Form eben. Außenpolitisch gesehen wurde die Neutralitätsfrage ebenfalls wieder ein aktuelles Thema.

In Deutschland stellte sich etwa zur gleichen Zeit dieselbe Frage nach Neutralität oder Beitritt zu einem amerikanisch dominierten Bündnissystem. Während die deutschen Sozialdemokraten in der außenpolitischen Nachkriegsdebatte dem Neutralitätsmodell den Vorzug geben wollten, verankerte **Konrad Adenauer** (1876-1967), der konservative erste Bundeskanzler, die junge Bundesrepublik im Bündnissystem der NATO und später in den entstehenden Strukturen der Europäischen Gemeinschaften.

In Japan waren die Meinungen nach dem Krieg ähnlich geteilt; das Jahr 1945 sah ein Wiederaufstehen all jener politischen Kräfte, die dem großjapanischen Traum schon immer kritisch gegenüber gestanden hatten, insbesondere die Liberalen und die Linke. Bezeichnenderweise erlebte im Jahre 1947 Abes Schrift von 1904 (Idealland der Erde – die Schweiz) eine Neuauflage in Japan.

Die japanische Linke sah die Zukunft des Landes in einer, allerdings unbewaffneten, Neutralität, während die liberalen und konservativen Kräfte schließlich einer Allianz mit den USA den Vorzug gaben. Die Frage musste schon sehr bald unter den Bedingungen der sich abzeichnenden Rivalität zwischen den USA und der UdSSR beantwortet werden. General **Douglas MacArthur** (1880-1964), die überragende

Figur in jener Übergangsperiode, meinte zur politischen Zukunft des besetzten Landes in einem Interview der New York Times von 1950⁴:

„Neither side would profit by the arming of Japan. We don't care to use her as an armed ally but we don't want to see Russia or China use her against us. Japan's neutrality would be a benefit to everyone, including not only Japan, but also the United States.“

(Keine Seite könnte von einer Bewaffnung Japans profitieren. Wir beabsichtigen nicht, es als einen bewaffneten Bündnispartner zu nutzen, aber wir möchten auch nicht, dass Russland oder China es gegen uns benutzen. Japans Neutralität wäre ein Gewinn für alle, nicht nur für Japan, sondern auch für die Vereinigten Staaten).

Die führenden Köpfe in den Verhandlungen mit der amerikanischen Besatzung waren auf der japanischen Seite **Shidehara Kijūrō** (1872-1951), Japans erster Nachkriegspremier und der bereits erwähnte Ishibashi Tanzan, der 1946/47 Finanzminister unter Premier **Yoshida Shigeru** (1878-1967) war, dann aber unerklärlicherweise den politischen Säuberungen der Besatzungsbehörden zum Opfer fiel, bevor er 1951 wieder rehabilitiert wurde.



Abb. 6: Ishibashi Tanzan

Die „Kleinland-Debatte“ (*shōkokushugiron*) war Bestandteil einer umfassenderen und parteiübergreifenden Nachkriegsbewegung von Intellektuellen und Politikern, die sich bemühte, Japan zu reformieren; die Bewegung sah sich in der Tradition der „Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung“ der Meiji-Zeit und der „Taishō-Demokratie“. Ihr Anliegen war für jene Zeit geradezu revolutionär im Sinne einer radikalen Aufklärungsbewegung (*keimō undō*): den Geist und die Herzen der Menschen zu öffnen, sie zu befreien und zu entwickeln (*kokorobae o kaihatsu suru kaihō suru*) mit dem Ziel, Japan zu demokratisieren (Tanaka 1999, S. 156). Obwohl Unterstützung und Druck seitens der USA dabei natürlich auch eine Rolle spielten, war diese Entwicklung nach Ishibashis Einschätzung unvermeidlich und außerdem ein Grund zu ungetrübter Freude.

Nach den territorialen Verlusten im Norden und Süden und im Vergleich zu seinen riesigen Nachbarn China und Sowjetrußland war Japan nun definitiv ein kleines Land. Ishibashi selbst sah diese Verluste jedoch eher als eine Chance für Japan: von nun an würde dessen Wirtschaft gezwungen sein, sich auf den Exportmärkten zu behaupten, statt in imperialer Autarkie zu verharren und müsste darum ihre technologische Basis grundlegend modernisieren und immer weiter entwickeln. Zumindest ökonomisch glich ein solches Nachkriegsjapan nun tatsächlich auch der Schweiz.

Für die Amerikaner lautete die Gretchenfrage unmittelbar nach dem Krieg dagegen, wie ein Wiederaufleben des japanischen Militarismus (*gunkokushugi*) am besten verhindert werden könne. Obwohl die amerikanischen Besatzer wahrscheinlich keine

⁴ zitiert nach: John Welfield: *An empire in eclipse – Japan in the postwar American Alliance system, a study in the interaction of Domestic Politics and Foreign Policy*, Athlone Press, London 1988. S. 29)

Kenntnis von der „Kleinland“-Vision in der politischen Diskussion Japans hatten, entsprachen die Maßnahmen, die sie im Interesse einer demokratischen und friedlichen Ordnung trafen, auch den Vorstellungen der „Klein-Japan“-Anhänger: Zerschlagung des Militär-Industriellen Komplexes (Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufspaltung der Großkonzerne), Säuberung von Bürokratie und politischem Establishment, Demokratisierung der Gesellschaft, und, vielleicht das Wichtigste von allem, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die am 3. Mai 1947 vom japanischen Parlament angenommen wurde.

Shidehara spielte eine wichtige Rolle im Entstehungsprozess der neuen japanischen Verfassung, die schließlich von MacArthurs Stab unter enormem Zeitdruck ausgearbeitet wurde, nachdem dieser einen ersten Entwurf von japanischer Seite als absolut ungenügend zurückgewiesen hatte. Obwohl es nach wie vor umstritten ist, ob es Shideharas oder MacArthurs Idee war, eine Klausel einzubringen, in der Japan auf Krieg als Mittel der Außenpolitik verzichtete (Artikel 9 der Verfassung), kann gesagt werden, dass Shidehara diese Idee zumindest unterstützte. Der inzwischen berühmte Artikel 9 darf auf jeden Fall als Ausdruck eines zentralen Anliegen der „Kleinland“-Vision interpretiert werden, zusammen mit der neuen, symbolischen Stellung des Tennō (Art. 1).

Die drei Säulen auf denen das neue Japan in Zukunft ruhen sollte, waren:

1. die Souveränität des Volkes (*kokumin shuken*)
2. Pazifismus und Kriegsverzicht (*heiwashugi, sensō hōki*)
3. Grundlegende Menschenrechte (*kihonteki jinken*).

Die sich verschärfenden Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion ließen amerikanische Befürchtungen vor einer Wiederbewaffnung Japans aber immer mehr in den Hintergrund treten. Auf der japanischen Seite weichte der Koreakrieg diesbezügliche Bedenken der bürgerlichen Politiker auf, und Premierminister **Yoshida Shigeru** (1878-1967) band Japan mit dem Friedensvertrag von San Francisco im Jahre 1951 und dem amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag des gleichen Jahres sicherheitspolitisch eng an die USA.

Die japanische Linke dagegen hielt an ihrer Vision einer unbewaffneten japanischen Neutralität fest. Diese Spaltung beherrschte die sicherheitspolitische Diskussion in Japan über ein Jahrzehnt und führte zu schweren Ausschreitungen anlässlich der Erneuerung und Erweiterung des Sicherheitsvertrages 1959/60. Für den damaligen Vorsitzenden der sozialistischen Partei Japans, **Asanuma Inejirō** (1898-1960) war es klar, dass jegliche Wiederbewaffnung Japans unweigerlich zu einem Wiederaufleben des japanischen Faschismus führte, wie er in einem Interview nachdrücklich betonte. Nach seinem Dafürhalten war eine Politik der unbewaffneten Neutralität der einzige Weg um zu verhindern, dass Japan in Konflikte hineingezogen würde. Wie zur Bestätigung seiner schlimmsten Befürchtungen, wurde Asanuma kurz darauf vor laufenden Kameras während einer Veranstaltung von einem jungen Rechtsradikalen erstochen.

Die außenpolitische Strategie der Sozialistischen Partei Japans war von vier

Grundprinzipien getragen :

1. Aussöhnung mit allen früheren „Feindländern“
2. Permanente Neutralität
3. Keine Militärabkommen mit anderen Ländern und keine fremden Militärbasen in Japan
4. Keine Wiederbewaffnung

V. Die „Klein-Japan“-Vision – Eine persönliche Einschätzung

Seit mehr als einem halben Jahrhundert genießt das gesund geschrumpfte Japan nun schon ein in seiner Geschichte beispielloses Maß an materiellem Reichtum, sozialem Frieden und außenpolitischer Sicherheit, und es stellt sich die Frage, ob und warum es denn überhaupt des katastrophalen Irrweges über die gescheiterte Großreichsgründung bedurfte, um schließlich wieder dorthin zu gelangen, von wo das Land einst aufgebrochen war. Bereits die Iwakura-Mission hatte ja seinerzeit, unter anderem am Beispiel der Schweiz, festgestellt, dass technologisches Niveau, materieller Wohlstand und militärische Sicherheit keineswegs an territoriale Größe gebunden waren. Dauerhafte Sicherheit vor militärischer Besetzung und kolonialer Abhängigkeit war das vorrangige Ziel der Meiji-Führung, an dem sich alles auszurichten hatte. Dass auch dieses strategische Ziel, nach knapp achtzig Jahren, klar verfehlt worden ist, liegt auf der Hand. Japans Modernisierung aus eigener Kraft war lediglich in technologischer Hinsicht ein (halber) Erfolg und eine Analyse der Gründe des politischen Scheiterns des ersten japanischen Modernisierungsprojektes muss mit den strukturellen Faktoren dieser Modernisierung beginnen; dies unter der Annahme, dass es kein Zufall sein konnte, dass dieselben autoritären politischen Strukturen wie im Deutschen Reich, auch in Japan dasselbe Ergebnis zeitigten (selbst wenn im Falle Japans die Gründe für einen Revanchismus nach 1918 nicht bestanden).

Wie bereits erwähnt, hatten die Mitglieder der Iwakura Gesandtschaft eine Art Wesensverwandtschaft mit dem ebenfalls noch jungen Deutschen Kaiserreich und dessen ‚Eisernem Kanzler‘ empfunden, wie der Umfang und der bewundernde Tenor ihrer deutschen Reisebeschreibung nahelegen). Spätestens mit der am preußischen Vorbild orientierten Meiji-Verfassung von 1889 wurde dann endgültig klar, wessen Linien das japanische Projekt der Nationsbildung künftig folgen würde. Bismarcks Reichsgründung war ein Elitenprojekt und verstand sich auch als Antwort zur Bewegung von 1848/49 (Paulskirchenverfassung), die das gleiche Ziel, aber von unten nach oben erreichen wollte. Die gescheiterten Anhänger eines föderalen und demokratischen Weges zu einem geeinten Reich fanden schließlich, zusammen mit den ersten deutschen Sozialdemokraten, als politische Flüchtlinge Aufnahme in der Schweiz. Bismarck empfand die Schweiz als eine politische Provokation und Bedrohung seines elitären Reichsgründungsprojektes und hasste sie entsprechend. Als Nachzügler im europäischen Wettbewerb der Nationenbildung und Industrialisierung verfolgte das junge Reich ein strategisches Doppelziel: die (klein-)deutsche Nation

und die ungestörte wirtschaftliche Entwicklung hinter Zollmauern. Die Reichsgründungsidee Bismarcks lief letztlich auf eine Entwicklungsdiktatur hinaus. Im Gegensatz zur sprachlich, kulturell und ethnisch abgegrenzten deutschen ‚Kulturnation‘, stand und steht für die multi-ethnische und -sprachliche ‚Willensnation‘ Schweiz das Problem der politischen Willensbildung im Zentrum der nationalen Identität. Damit war sie bereits von der Struktur her föderalistisch und demokratisch angelegt und außerdem noch von der nichtfeudalen Tradition her begünstigt. Die erste Schweizer Bundesverfassung von 1848 orientierte sich denn auch stark an jener der ‚Willensnation‘ USA, deren Begründer die langfristige demokratische Machtkontrolle (*checks and balances*) als das Kernproblem ihrer Republik ansahen und nicht deren Zusammenhalt, den sie durch den Wertekanon ihrer Verfassung für garantiert hielten (Verfassungspatriotismus).

Für die traditionell mit Frankreich verbundene Schweiz spielte das außenpolitische Kräftefeld eine entscheidende Rolle bei ihrer nationalen Entstehungsgeschichte als Bundesstaat. Ihre auf dem Wiener Kongress 1815 von den europäischen Mächten anerkannte „dauernde Neutralität“ war der Preis, den die Schweizer für ihre Unabhängigkeit im Gefolge der napoleonischen Kriege zu zahlen hatten und nicht unbedingt ihr eigener Wille. Im Spannungsfeld des sich seit der Reichsgründung von 1871 zuspitzenden deutschen und französischen Nationalismus stellte die bewaffnete Neutralität der Schweiz einen Stabilitätsfaktor im europäischen Kräftespiel dar und ermöglichte es ihr gleichzeitig, den deutsch-französischen Gegensatz bis zu einem gewissen Grad auch außenpolitisch zu ihrem Vorteil auszunutzen.

Das Japan der Meiji konnte keinen derartigen Gegensatz unter den Mächten ausnutzen, es war an die vom Shogunat abgeschlossenen ungleichen Verträge mit ihren Meistbegünstigungsklauseln gebunden. Japans Führung suchte ihr Heil deshalb nicht in völkerrechtlichen Garantien, sondern in eigener Stärke und Größe – ganz so, wie es den Mitgliedern der Iwakura-Mission von Bismarck nahegelegt worden war, der dem Völkerrecht nur für kleine Staaten eine verbindliche Wirkung zugestand. Und auch Meiji-Japans Modernisierung verfolgte das doppelte Ziel der Konstituierung als Kulturnation und der technologisch-ökonomischen Entwicklung.

Die japanische Vision von *fukoku-kyōhei* (blühendes Land, starke Wehr) wies drei strukturelle Besonderheiten auf:

1. Sie verwies in ihrem doppelten Anspruch bereits auf die mögliche Entstehung eines militärindustriellen Komplexes hin, verstanden als symbiotische Einheit von Militär, Staatsbürokratie und Großindustrie.
2. Sie fasste die Modernisierung als ein vorwiegend technologisch-organisatorisches Problem auf, das nur von einer „erleuchteten“ Elite und nur einseitig, d.h. von oben nach unten durchgesetzt werden konnte gemäss einem Masterplan (die Gesellschaft als Uhrwerk sozusagen).
3. Die Präambel der Meiji-Verfassung sprach vage vom „Gedeihen des Staates“, aber nicht der „Untertanen“ (sic); der eigentliche Staatszweck blieb unbestimmt und die Verfassung wies auch keine nennenswerten Mechanismen der politischen Machtkontrolle auf (Entwicklung als Selbstzweck und die

Untertanen sozusagen das Eigentum oder unmündige Kinder des Kaiserhauses).

Im letzten Punkt äußerte sich die Schweizer Bundesverfassung von 1848 – ebenso wie die US-Verfassung übrigens – sehr viel klarer:

Art. 2. Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

In der Folge des Krieges gegen China 1894/95 und des japanischen Vorstoßes auf das asiatische Festland entfaltete das Modernisierungsprogramm der Meiji dann seine ganz eigene und in ihm strukturell angelegte, perverse Dynamik: was die planmäßig vorangetriebene Wirtschaftsentwicklung im Interesse des *fukoku* an Mehrwert produzierte, wurde laufend und in immer größerem Maße durch den Gegenpol *kyōhei* von den Militärs im Namen des Gottkaisers beansprucht, dies zum angeblichen Zweck der Gewährleistung der nationalen Versorgungssicherheit. Die in der Verfassung angelegten autoritären Strukturen begünstigten diese Dynamik. Ihr Schöpfer, **Itō Hirobumi** (1841-1909) erkannte zwar die drohende Gefahr des Abgleitens in eine Diktatur, aber es war schon zu spät das Ruder herumzuwerfen, er fiel in Harbin dem Attentat eines koreanischen Patrioten zu Opfer. In der Folge wurde der autoritär gesinnte General **Yamagata Aritomo** (1838-1922) zum einflussreichsten Politiker als Vorsitzender des Geheimen Staatsrates (*genrō*), ein glühender Verehrer preußischer Ordnungsvorstellungen.

Das ‚blühende Land‘ dagegen blieb weitgehend Illusion, selbst als die Gefahr äußerer Bedrohung längst gebannt war. Abe Isoo hatte 1904 bereits richtig erkannt, dass Japan durch die See ebenso gut geschützt sei wie die Schweiz durch ihre Berge: Faktisch war das japanische Kernland seit 1900 aufgrund seiner neugewonnenen militärischen Verteidigungskraft unangreifbar geworden, keine Flottenmacht hätte es wagen können, den japanischen Archipel anzugreifen. Mit dieser Selbstverteidigungsfähigkeit hätte Japan tatsächlich auch ein Kernelement der Neutralität nach schweizerischem Muster verwirklicht gehabt. Ähnlich wie Großbritannien im 18. Jahrhundert in Europa hätte Japan nun die Möglichkeit gehabt, als Zünglein an der Waage eine Politik der Machtbalance in Ostasien zu verfolgen – beteiligt zwar, aber nicht verwickelt. Einmal auf dem asiatischen Festland involviert jedoch, begann Japan langsam aber sicher auszubluten, ganz zu schweigen von den Verheerungen, die seine militärischen und politischen Zauberlehrlinge in den von dieser Politik betroffenen Ländern anrichteten. Erst diese Selbstschwächung durch eine verfehlte Expansionspolitik machte das Land schließlich wehrlos und angreifbar.

Der Neutralitätsbegriff, der in der außenpolitischen Diskussion Nachkriegsjapans auftauchte, hatte dann allerdings nicht mehr viel gemeinsam mit der schweizerischen

Neutralität. Die Neutralität in ihrer integralen Form, wie sie von der Schweiz seit 1938 praktiziert wird, stützt sich völkerrechtlich vorwiegend auf die Haager Landkriegsordnung von 1907 und ist durch die Erfahrungen im Kriege mitgeprägt worden. Diese permanente und integrale Neutralität kennt klar umschriebene völkerrechtliche Pflichten und ist durch folgende Elemente charakterisiert:

- Permanenz, d.h. keine fallweise Neutralität
- Glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit, d.h. modern bewaffnet und abschreckend (Rüstungspflicht).
- Keine feindlichen Aktionen gegen eine der Kriegsparteien
- Keine Unterstützung einer Kriegspartei durch Truppen, Material, Information oder Abtretung souveräner Territorialrechte (inkl. Luftraum)
- Absolute Verpflichtung, die Integrität des eigenen Territoriums (inkl. Luftraum) mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen, nötigenfalls eben auch militärisch.
- Integralität, das heißt keine Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionen oder Blockaden gegen ein Land im Krieg.

Der letzte Punkt, die wirtschaftliche Neutralität, hat sich für die exportabhängige und rohstoffarme Schweiz als praktisch undurchführbar erwiesen (das Gleiche würde sicher auch für ein neutrales Japan gelten). Im Falle von UNO-Sanktionen stand die Schweiz von Anfang an vor dem Problem, von dem Boykottierten als Umgehungsland benutzt zu werden. Vor ihrem UNO-Beitritt 2002 verfolgte sie deshalb eine Zeit lang eine Politik des „courant normal“, das heißt, ihr Außenhandel mit einem Land, gegen das Sanktionen verhängt worden waren, wurde auf das Durchschnittsvolumen der den Sanktionen vorangegangenen drei Jahre eingefroren; bereits im Vorfeld des Golfkrieges von 1991 wurde diese Praxis jedoch als undurchführbar angesehen und stillschweigend aufgegeben (die USA hätten ein solches Vorgehen wohl mit Gegensanktionen beantwortet).

Im Gegensatz zu Japan, war die Neutralität für Schweiz immer auch ein Merkmal nationaler Identität. In einer sich wandelnden Welt bedeutet sie nicht einfach ein Abseitsstehen, wie das die UNO-Rede des Schweizer Bundespräsidenten von 2002 zum Ausdruck brachte [Hervorhebungen durch den Autor]:

*„Sie [die Neutralität, d. Verf.] ist seit Jahrhunderten eine Maxime unserer Außenpolitik. Sie war aber immer auch ein Mittel der nationalen Kohäsion. In Zeiten großer europäischer Konflikte wäre unser Land der vier Kulturen ohne Neutralität möglicherweise auseinandergebrochen [...] Die Schweiz wird sich nicht an allfälligen **friedenserzwingenden** Operationen beteiligen. Aber sie wird zur Verfügung stehen, wo es um **friedenserhaltende** oder humanitäre Einsätze geht. [...] Am Vorabend des ersten Jahrestages der grauenhaften Terroranschläge vom 11. September 2001 möchte ich festhalten, dass es auch nie eine Neutralität gegenüber Terror und Verbrechen gegeben hat oder geben wird. Deshalb beteiligt sich die Schweiz aktiv am Kampf gegen den Terrorismus.“*

Dies erklärt auch, warum sich die Schweiz in den Augen vieler ausländischer Beobachter allzu abwartend und zögerlich gegenüber neuartigen, großen Projekten

der Friedenssicherung wie der Europäischen Union verhält. Für die Schweiz geht es dabei jedoch um mehr als bloße Außen- und Wirtschaftspolitik. Rechtspopulistischen Kräften in der Schweiz ist es andererseits bis zu einem gewissen Grade gelungen, der politischen Neutralität Fetischcharakter zu verleihen, sie wird von diesen gegen praktisch alles ins Feld geführt, das über eine reine Außenwirtschaftspolitik hinausgeht.

Und Japan? So reizvoll es auch sein mag, sich ein neutrales Japan in Asien vorzustellen – die politischen Schwierigkeiten eines solchen Weges sind unübersehbar, und ein auf sich selbst gestelltes Japan ist auch für seine Nachbarn alles andere als eine beruhigende Vorstellung. Aber hätte bereits Meiji-Japan einen solchen Traum geträumt, es wäre auf jeden Fall der bessere Traum gewesen.

Roger Mottini, geboren 1959 in St. Moritz/Graubünden. Studium der Staatswissenschaften (Schwerpunkt „Internationale Beziehungen/Rußland“) an der Universität St. Gallen (HSG). Nachdiplomstudien am „Institut de Hautes Etudes Internationales et de Développement“ in Genf (IHEID) und an der Universität Tokyo (Tōdai). Promotion an der Universität St. Gallen über die Beziehungen der Schweiz zu Meiji-Japan. Lehraufträge an den Universitäten Bern, St. Gallen, Waseda und Sophia. Publizist und verantwortlicher Redakteur des „Yearbook Switzerland – Japan“.

Bibliographie

Beasley, W. G: The rise of modern Japan, Charles Tuttle, 1st edition/4th printing; Tokyo 1990.

Bismarck, Otto v.: Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, Stuttgart 1898.

Botschaft des Bundesrates über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO), Nr. 81.081, Bern 21.Dez. 1981.

Bruns, Gabriele / Schuhmacher Ulrike (Hg.) : Die japanische Demokratie – Das politische System zwischen Stagnation und Aufbruch, Reihe: Kieler Schriften zur politischen Wissenschaft Nr. 10, Peter Lang / Europ. Verlag der Wissenschaften, Frankfurt / M 1999.

Kawano, Kenji (ed.): Chōmin Nakae, chūō kōron sha (serie: Nihon no meichō nr. 36), Tokyo 1996.

Kindermann, Gottfried – Karl: Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840 – 2000, DVA, München, Stuttgart 2001.

Kapitza, Peter (Hg.): Japan in Europa: Texte und Bilddokumente zur europäischen Japankenntnis von Marco Polo bis Wilhelm v. Humboldt, 2 Bde., iudicium, München 1990.

Kodansha – Japan an illustrated encyclopedia, 2 vols. Tokyo 1993.

Masuda, Hiroshi: Ishibashi Tanzan – senryô seisaku e no teikô (Ishibashi Tanzan – Widerstand gegen die Okkupationspolitik, Tokyo 1988.

Matsumura, Tsutomu: suisu to nihonkoku o mamoru to iu koto – „eisei chûritsu“ o sasaeru „minkan bôei“ no chie ni manabu (Zur Landesverteidigung der Schweiz und Japans – Lernen von der Idee der Zivilverteidigung zur Unterstützung der dauernden Neutralität), shôdensha Tokyo 2005.

Matsunaga, Shôzô: Fukuzawa Yukichi to Nakae Chômin (Fukuzawa Yukichi und Nakae Chômin), Chûkô shinsho nr. 1569, Tokyo 2001.

Matsuo, Takayoshi: Taishô demokurashii (Die Taishô Demokratie), Iwanami gendai bunko (serie gakujutsu nr. 55), Tokyo 2001.

Miyashita, Keizô : 700sai no suisu – arupusu no kuni no kakô to ima to mirai (700 Jahre Schweiz – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Alpenlandes, Tokyo 1991.

Miyashita, Keizô: Uiriamu Teru densetsu – aru eiyû no kyôjitsu (Die Wilhelm Tell Sage – Mythos und Wirklichkeit eines Helden), Tokyo 1977.

Miyashita, Keizô: chûritsu o mamoru: suisu no kôei to kûnan (Die Neutralität schützen: Ehre und Bürde der Schweiz), kôdansha Tokyo 1968.

Morita, Yasukazu: suisu – rekishi kara gendai e (Die Schweiz – von der Geschichte zur Gegenwart), Tokyo 1980.

Morita, Yasukazu: suisu – nippon sono rekishiteki na haikei (Die Schweiz und Japan

– historische Hintergründe), in: *suisu to nippon no kizuna – rekishi to keizai kara mita nippon to suisu kigyō* (Die Bande zwischen der Schweiz und Japan – Schweizer Unternehmen und Japan, historisch und ökonomisch gesehen); in: *Publication to commemorate the 125th anniversary of the first diplomatic treaty between Switzerland and Japan*, edited by the Swiss chamber of commerce and industry in Japan (SCCIJ), Tokyo 1988.

Mottini, Roger: *Tell in Tokyo – Schweizerisch-Japanische Begegnungen von den Anfängen bis 1914*, iudicium, München, 2009.

Nakai, Akio: *Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Japan – vom Beginn der diplomatischen Beziehungen 1859 – 1868* (The relations between Switzerland and Japan – the establishing of diplomatic relations 1859 – 1868), Diss. Universität Bern 1967.

Pantzer, Peter (Hg), Kume, Kunitake: *Die Iwakura-Mission, das Logbuch des Kume Kunitake über den Besuch der japanischen Sondergesandtschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahre 1873*; iudicium München 2002.

Plutschow, Herbert E.: *Bericht über den ersten japanischen Besuch in der Schweiz 1867*, in: *Schweizer Zeitschrift für Geschichte*, Jg. 28, Zürich 1978.

Pyle, Kenneth B.: *Japan Rising – The Resurgence of Japanese Power and Purpose*, Century Foundation, New York 2007.

Rombeck-Jaschinski, Ursula: *Neutralität auf dem Prüfstand-die Folgen der Kriege von 1870/71 – 1914/18 – 1939/45 für die Schweiz*, in: Elvert, Jürgen; Nielsen-Sikora, Jürgen (Hg), *Historische Mitteilungen der Ranke Gesellschaft (HMRG)* 21/2008.

Schlichtmann, Klaus: *Shidehara Kijûrô – Staatsmann und Pazifist, eine politische Biographie* (Shidehara Kijûrô – statesman and pacifist, a political biography), In: *Veröffentlichung der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung Bd.8*, Tokyo 1999.

Snyder, Jack: *Myths of Empire – Domestic Politics and International Ambition*, Cornell University Press, Ithaca, London 1991.

Tanaka, Akira: *shôkokushugi – nihon no gendai o yominaosu* (Neuinterpretation der Gegenwart Japans), Iwanami shinsho no 609, Tokyo 1999.

Tanaka, Akira (Hg.) / Kume, Kunitake (red.): tokumei zenken taishi – bei ô kairan jikki (Authentischer Bericht der außerordentlichen und offiziellen Gesandtschaft nach Amerika und Europe); Bd. 5, Iwanami bunko edition 1982, Tokyo.

Welfield, John: An empire in eclipse – Japan in the postwar American Alliance system, a study in the interaction of Domestic Politics and Foreign Policy (Imperium im Untergang, Japan im Amerikanischen Nachkriegs-Bündnissystem, eine Studie über die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik) Athlone Press, London 1988.

Internet Links

<http://eritokyo.jp/independent/satow-ishibashitanzan7.html>

(shôkokushugi, Ishibashi Tanzan)

<http://www.efd.admin.ch/dokumentation/reden/archiv/02538/index.html?lang=de>

(Rede von Bundespräsident Kaspar Villiger an der UNO-Vollversammlung am 10.Sept. 2002)

www.oefre.unibe.ch/vfgeschichte/index.html

(Seminar „Japanische Verfassungsgeschichte“, Mottini, Kley, Universität Bern 2002)

<http://www.minken.city.kochi.kochi.jp/top.html>

(Museum der Freiheits-und Bürgerrechtsbewegung, Stadt Kochi)

<http://www.cc.matsuyama-u.ac.jp/~tamura/uekierori2.htm> (Universität Matsuyama)

<http://www.cc.matsuyama-u.ac.jp/~tamura/jiyuuminnkennunndou.htm>

<http://ja.wikipedia.org/wiki/石橋湛山>

<http://www.admin.ch/cp/d/1999Jan27.141350.13164@idz.bfi.admin.ch.html>

(Schweizer Neutralitätserklärung zum UNO Beitritt, 27. Jan. 1999)

<http://www.efd.admin.ch/dokumentation/reden/archiv/02538/index.html?lang=de>

(Rede von Bundespräsident Kaspar Villiger vor der UNO-Generalversammlung am 10. Sept. 2002)

<http://ja.wikipedia.org/wiki/中江兆民>

http://de.wikipedia.org/wiki/Abe_Isoo